

Neue Züricher Zeitung vom 19.01.2015, S. 9

Deutsche Städte verspekulieren sich

Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben Risiken von Franken-Krediten unterschätzt

Diverse Städte haben in Nordrhein-Westfalen Kredite in Schweizerfranken aufgenommen, um Zinsen zu sparen. Doch dies ging schief. Sie haben sich verspekuliert und müssen womöglich Millionen abschreiben.

Christoph Eisenring, Berlin

Ein Bettler sitzt auf der Strasse in Essen und fragt: «Haste mal 'n Schweizerfranken?» So kommentierte der Karikaturist der «Neuen Ruhr Zeitung» die Aufgabe des Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB). Doch was hat Essen mit dem Franken zu tun? Etwa 25 Städte im Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) haben Kredite in Fremdwährung, oft in Franken, aufgenommen. Die Idee dahinter war simpel – aber gefährlich: Die Zinsen in der Schweiz waren lange ein, zwei Prozentpunkte niedriger als in Deutschland. Zudem waren die Schwankungen des Wechselkurses von 1999 bis 2009 gering. Der Euro lag zwischen Fr. 1.44 und Fr. 1.68. Die Städte sahen damit primär die Einsparungen und blendeten das Wechselkursrisiko aus.

«Schwarzer Tag» für Essen

Der Fall Essen sticht dabei hervor. Die Stadt hat 2001 und 2004 Kredite über 450 Mio. Fr. aufgenommen. Dadurch konnte die hochverschuldete Gemeinde bisher zwar 32 Mio. € an Zinsen sparen. Doch diese Entlastung wird durch die Währungsverluste längst in den Schat-

ten gestellt. Die Stadt muss nämlich für die Rückzahlung immer mehr Euro aufwenden, weil der Franken seit der Finanzkrise stark aufgewertet wurde. Bis Ende 2014 summierten sich die Verluste bereits auf 93 Mio. €. Da lag der Kurs noch bei Fr. 1.20 je Euro. Stichtag ist zwar Ende Jahr. Doch kostet der Euro wie im Moment nur etwa einen Franken, müsste Essen noch einmal eine Wertkorrektur von 76 Mio. € verbuchen. Es gebe nichts zu beschönigen, sagte der Stadtkämmerer Lars Martin Klieve am Freitag. Dies sei ein schwarzer Tag für die Stadtfinanzen.

Neben Essen haben auch etwa Bochum, Gelsenkirchen oder Münster sowie Mittelstädte wie Gladbeck und Dorsten Fremdwährungskredite aufgenommen. Gelsenkirchen hatte 2008/09 Kredite über 75 Mio. Fr. abgeschlossen, die zunächst mit 50 Mio. € in den Büchern standen. Ende 2014 hätte die Rückzahlung aber schon 62,5 Mio. € gekostet, erläutert Stadtkämmerer Georg Lunemann. Und beim gegenwärtigen Wechselkurs müsste die Stadt noch einmal 12,5 Mio. € drauflegen.

Insgesamt summierten sich die Fremdwährungskredite, um laufende Ausgaben zu decken, in Nordrhein-Westfalen Ende 2013 auf 1,1 Mrd. €. Wie viele davon auf Franken lauten, ist zwar nicht bekannt. Aber die Kommunen in NRW haben alleine mit einer nicht namentlich genannten Bank Fremdwährungskredite über 520 Mio. Fr. abgeschlossen. Dies geht aus der

Antwort der Landesregierung auf eine Interpellation des CDU-Abgeordneten André Kuper hervor. Kuper war früher Bürgermeister von Rietberg gewesen, einer Stadt mit 30 000 Einwohnern. Warum solle man sich als Stadt neben dem Zinsrisiko auch noch das Wechselkursrisiko aufhalsen, fragt er im Gespräch. Er sei als Bürgermeister dem Grundsatz gefolgt, dass man nicht mit dem Geld der Bürger spekulieren solle.

Ende mit Schrecken?

Weshalb besteht das Problem mit den Franken-Krediten besonders in Nordrhein-Westfalen? Kuper sagt, das Land habe in der Vergangenheit den Gemeinden Aufgaben ohne ausreichende Entschädigung zugewiesen. Die Kommunen deckten laufende Ausgaben deshalb auch mit Krediten. In Bundesländern wie Baden-Württemberg sind diese Ausgaben dagegen durch die Steuereinnahmen weitgehend gedeckt.

Was steht nun an? Gelsenkirchen werde sich überlegen, ob ein Ausstieg und damit ein Ende mit Schrecken einem Abwarten – und der Hoffnung auf eine Erholung des Euro – vorzuziehen sei, sagt Lunemann. Laut «NRZ» stehen zur Jahresmitte in Essen 390 Mio. Fr. zur Verlängerung an. Darüber will man nächste Woche sprechen. Die Zeitung zitiert dabei aus einer Vorlage für die Sitzung, die vor dem SNB-Entscheid abgefasst wurde. Darin wird vorgeschlagen, die Kredite zu verlängern. Die Begründung lautet: «Eine Abwertung unter die Marke von Fr. 1.20 droht nicht.»